

Gemeinsame Presseerklärung

**Bund Katholischer Unternehmer (BKU)
Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)
Internationales Kolpingwerk
MISEREOR**

Katholische Verbände fordern "Mikrofinanzgipfel 2005"

Fachtagung "Finanzmärkte für die Armen" ruft Bundesregierung und private Finanzwirtschaft zu mehr Engagement auf.

Köln/Königswinter 15.03.2004 / Katholische Verbände haben angeregt, während des "UN-Jahres 2005 des Mikrocredits" einen Mikrofinanzgipfel in Deutschland auszurichten und Mikrofinanzprojekte zur Armutsbekämpfung stärker zu fördern. An der von Bund Katholischer Unternehmer (BKU), Katholischem Deutschem Frauenbund (KDFB), Internationalem Kolpingwerk und MISEREOR gemeinsamen durchgeführten Fachtagung zum Thema "Finanzmärkte für die Armen" vom 12.-13. März 2004 in Königswinter nahmen über 80 haupt- und ehrenamtliche Entwicklungsexpertinnen und -experten teil. Hintergrund der Tagung war u.a. das im Mai 2003 vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken herausgegebene Positionspapier "Internationale Finanzmärkte - Gerechtigkeit braucht Regeln".

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass auf Grund der christlichen "Option für die Armen" in der Entwicklungszusammenarbeit ein "Primat der Armutsbekämpfung" notwendig ist. Auf der Ebene der Nichtregierungsorganisationen gibt es dazu bereits positive Initiativen. So zeigt etwa ein Projekt des Kolpingwerks in Indien, wie durch Sparmaßnahmen der Armen eine Loslösung aus der Abhängigkeit von Geldverleihern gelingen kann. Die Bundesregierung forderten die Tagungsteilnehmer auf, den lange angekündigten Umsetzungsplan für das "Aktionsprogramm 2015", das entsprechend der UN-Millenniumsziele zu einer Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahr 2015 beitragen soll, vorzulegen. Dieser Umsetzungsplan soll nach einhelliger Meinung der Tagungsteilnehmer u.a. eine stärkere Förderung von Mikrofinanzprojekten und mehr Mittel zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen in Entwicklungsländern beinhalten sowie in den Industrieländern einen radikalen Abbau der Agrarexportsubventionen vorsehen.

Weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung steht das Problem der Schuldenlast armer Länder. Fünf Jahre nach dem 'Schuldengipfel' in Köln und nach dem Höhepunkt der Erlassjahr-Kampagne betonten die Experten die Notwendigkeit, wirksame Armutsbekämpfung, nachhaltige Wirtschaftsreformen und Schuldenerlass sinnvoll miteinander zu verknüpfen. "Die 1999 auf dem G7-Gipfel getroffenen Maßnahmen der HIPC-Initiative reichen aus unserer Sicht nicht aus," erklärte Dr. Matthias Woiwode vom Vorstand Erlassjahr e.V. "Wir brauchen ein neutrales und faires Schiedsverfahren und sowie eine gerechtere Stellung hochverschuldeter Staaten im Insolvenzverfahren."

Mit Blick auf das "UN-Jahr 2005 des Mikrocredits" wurde die Durchführung eines "Mikrofinanzgipfels" in Deutschland angeregt. "Deutschland mit seiner über 150 Jahre langen Tradition der Genossenschafts- und Raiffeisenbanken und Sparkassen kann zu diesem Thema eine Menge einbringen", erklärte Dr. Annette Kraus, deutsche Mikrofinanzexpertin des United Nation Capital Development Fund (UNCDF) aus New York. Die UN-Expertin vertrat ebenfalls die Ansicht, "dass wir heute soweit sind, dass auch privatwirtschaftliche Investitionen in Mikrofinanzinstitute in Entwicklungsländern gewinnbringend möglich sind". Die Teilnehmer der Tagung riefen die deutsche Finanzwirtschaft dazu auf, Fonds und weitere Produkte für Privatinvestoren anzubieten, deren Einlagen in Mikrofinanzinstitute in Entwicklungsländern investiert werden.

Des Weiteren regten die Teilnehmer an, analog zur Fair-Handels-Gesellschaft "GEPA" die Möglichkeiten für eine "Fair-Invest-Gesellschaft unter Beteiligung der Kirche in Deutschland zu prüfen. Prof. Winfried Pinger vom BKU bot hierfür die Expertise der katholischen Unternehmer an und unterstrich die Signalwirkung einer solchen Initiative: "Wenn die deutsche Kirche sich im UN-Jahr des Mikrocredits am Auf- oder Ausbau einer solchen deutschen Fair-Invest-Gesellschaft beteiligen würde, wäre dies sowohl in Richtung Bundesregierung wie auch in Richtung der deutschen Finanzwirtschaft ein starkes Signal, sich hier stärker als bisher zu engagieren."

Dr. Hans Reckers, Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank, machte in seinem Grundsatzreferat mit Blick auf das Engagement privatwirtschaftlicher Investoren den Vorschlag, ähnlich der Hermes-Bürgschaften im Außenhandel auch für Investitionen in Mikrofinanzinstitute seitens des Bundes Ausfallbürgschaften für politische Risiken zu übernehmen.

"Auch wenn die Feststellung nicht neu ist: Armut ist bis heute vor allem weiblich", resümierte Dr. Claudia Lücking-Michel, Vorsitzende der Internationalen Kommission des KDFB. "Egal wo wir ansetzen, bei allen getroffenen Maßnahmen sollten diejenigen am meisten profitieren, die am meisten betroffen sind und die meiste Arbeit zu leisten haben, nämlich die Frauen. Frauengerechte Entwicklung braucht nach wie vor unser Hauptaugenmerk."

Redaktion: Martin Wilde / Iris Gehrke

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an:

Iris Gehrke
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Katholischer Deutscher Frauenbund
Kaesenstraße 18
50677 Köln
Telefon: 0221/86 092-24
Fax: 0221/86 092-0
www.frauenbund.de